

Mitteilung
für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Finanzausschuss	13.09.2022	Kenntnisnahme

Tagesordnungs- Punkt	Bericht zur Haushaltsentwicklung, den coronabedingten Belastungen sowie zu den Aufwendungen für Schutzsuchende infolge des Ukrainekriegs im Haushalt 2022
---------------------------------	--

Mitteilung:

Im Kreishaushalt 2022 zeichnen sich aufgrund verschiedener seit der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2022 eingetretener Veränderungen Abweichungen gegenüber der Planung ab. Die wesentlichsten Veränderungen sowie deren Ursachen werden mit dieser Vorlage aufgezeigt.

Zugleich wird dem Kreistag entsprechend § 2 Absatz 2 des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes über die finanzielle Lage, insbesondere vor dem Hintergrund der erforderlichen finanziellen Anstrengungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie, berichtet.

Zudem erfolgt hiermit die Berichterstattung gemäß § 6 Absatz 1 der Verordnung zur Anwendung des Kommunalhaushaltsrechts im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen in den Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen. Hierunter fallen insbesondere Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II, sonstige soziale Leistungen (z. B. SGB XII), Aufwendungen für Kinderbetreuung, Aufwendungen

für Beschulung, Gesundheits- und Pflegekosten oder Kosten, die zur bisherigen Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine im Bereich der Lebenshaltungskosten angefallen sind.

Auf Basis der per 30.06.2022 von den Ämtern und Stabstellen gemeldeten Abweichungen gegenüber der Haushaltsplanung 2022 ergeben sich folgende wesentliche Veränderungen:

Bereich	Ergebnishaushalt	Investitionen
	(+ Verbesserung / - Verschlechterung)	
01 – Wirtschaftsförderung	147.000 €	3.600.000 €
Amt 10 - Organisation und IT	-343.000 €	-1.927.000 €
Amt 22 - Beteiligungen, Gebäudewirtschaft, Straßenbau	6.129.000 €	2.654.000 €
Amt 36 - Straßenverkehrsamt	1.900.000 €	0 €
Amt 38 - Amt für Bevölkerungsschutz	0 €	- 6.587.000 €
Amt 40 - Schulamt	483.000 €	- 1.119.000 €
Amt 50 - Sozialamt	-5.294.000 €	0 €
Amt 51 - Jugendamt	-1.387.000 €	0 €
Allgm. Finanzwesen	4.454.000 €	0 €
Personalhaushalt	- 127.000 €	0 €
Bilanzielle Abschreibungen	2.000.000 €	0 €
Sonstige Veränderungen	- 471.000 €	-883.000 €
Veränderungen Coronaisolation	- 4.360.000 €	0 €
Summe Gesamtveränderung	3.131.000 €	- 4.262.000 €
davon durch zeitliche Verschiebungen *	-1.863.000 €	- 3.609.000 €
Substanzielle Veränderungen	4.994.000 €	- 653.000 €

* Veränderungen durch zeitliche Verschiebungen ergeben sich vor allem durch die Inanspruchnahme von aus Vorjahren übertragenen Ermächtigungen bzw. durch die Verschiebungen von in 2022 geplanten Maßnahmen in Folgejahre.

Insgesamt führen die dargestellten Veränderungen im Ergebnishaushalt per Saldo zu einer voraussichtlichen Verbesserung des Jahresergebnisses in Höhe von rd. 3,1 Mio. € in 2022. Der planmäßige **Fehlbedarf**, rd. 11,1 Mio. €, **reduziert sich damit auf rd. 8,0 Mio. €.**

Ursächlich für die dargestellten Veränderungen im Ergebnishaushalt sind folgende Sachverhalte (es sind nur die wesentlichsten Veränderungen je Fachbereich erläutert):

- Amt 10: ● Höhere Aufwendungen für IT-Leistungen - 0,3 Mio. €
 Ursächlich für die Veränderung ist insbesondere die Umsetzung von Projekten aus Vorjahren, daher Mehraufwand für Entgelte regioIT und andere externe Dienste bei der Einführung / Umstellung auf neue Software.

- Amt 22:**
- **Höhere Aufwendungen für Verlustausgleichszahlungen Beteiligungen** + 6,3 Mio. €
 Ursächlich für die Veränderung ist die Neuauflage des ÖPNV-Rettungsschirms zur Kompensation der coronabedingten Belastungen. Der Rhein-Sieg-Kreis erhält in diesem Zusammenhang Zuwendungen, die bei der Planung noch nicht berücksichtigt werden konnten. Zudem führt die Erstattung aus der Spitzabrechnung der SSB des Jahres 2021 zu Mehrerträgen von 1,7 Mio. €. Gegenläufig werden rückläufige Beteiligungserträge der Kreissparkasse Köln sowie der Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg in Höhe von 0,3 Mio.€ erwartet.
 - **Mehraufwendungen in Bauprojekten** - 0,7 Mio. €
 Es ergeben sich in verschiedenen Projekten Veränderungen aus zeitlichen Verschiebungen. Per Saldo sind die in Anspruch genommenen Ermächtigungen aus Vorjahren (z. B. für Sanierung Multifunktionsraum Kreishaus) höher als die Verschiebungen in Folgejahre (insbesondere elektr. Schließanlage Kreishaus).
- Amt 36:**
- **Straßenverkehrsamt** 1,9 Mio. €
 Ursächlich für die Veränderung sind insbesondere:
 - Mehrerträge im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung durch novellierten Bußgeldkatalog sowie gestiegene Fallzahlen (2,1 Mio. €)
 - Mindererträge bei Zulassungsgebühren wegen gesunkener Zulassungszahlen infolge von Lieferschwierigkeiten der Fahrzeughersteller (-0,8 Mio. €)
 - Höhere Antragszahlen führen zu Mehrerträgen für Führerscheintausch (0,3 Mio. €), Baustellen- und Schwertransportgenehmigungen (0,2 Mio. €)
- Amt 40:**
- **Berufskollegs** + 1,1 Mio. €
 Entgegen der Erwartung sind Preissteigerungen der in der Schul-IT genutzten Microsoft-Produkte nicht eingetreten, was zu geringeren laufenden Aufwendungen führt. Darüber hinaus werden Einsparungen bei den Aufwendungen für Schülerbeförderung durch das 9-EUR-Ticket erwartet.
 - **Mehraufwand Förderschulen** - 0,6 Mio. €
 Insbesondere Mehraufwendungen für Schülerspezialverkehr, den Betrieb „fördernder offener Ganztagsbeschulung (FOGS)“ und Hausmeisterdienstleistungen bei gegenläufig höheren Erträgen aus Kostenerstattungen für Coronaschutzmaßnahmen, Aufholprogrammen des Landes NRW und Elternbeiträgen für Ganztagsbetreuung.
- Amt 50:**
- **Veränderungen Leistungen nach dem SGB II (KdU)** - 3,5 Mio. €
 Bei den Leistungen nach dem SGB II, insbesondere Kosten der Unterkunft und Heizung, wird wegen der drastischen Erhöhung der Energie- und Heizkosten in Verbindung mit dem Zuzug von Flüchtlingen aus der Ukraine ein Mehrbedarf von rd. 7,5 Mio. € erwartet. Zudem zeichnen sich höhere Aufwendungen für Wohnungsbeschaffung und sonst. Leistungen von Schutzsuchenden im Umfang von 3,4 Mio. € ab. Gegenläufig treten coronabedingt erwartete Verschlechterungen im Umfang von 7,1 Mio. € nicht ein.
 - **Veränderungen Leistungen nach dem SGB XII (Sozialhilfe)** - 1,0 Mio. €
 Insbesondere bei den Hilfen zur Lebensunterhalt kommt es durch eine deutliche Steigerung der durchschnittlichen Fallkosten einhergehend mit einem Anstieg der jährlichen Fallzahlen auch bedingt durch aus der Ukraine Geflüchtete zu Mehraufwendungen (rd. 2,0 Mio. €), denen höhere Erträge aus Kostenerstattungen und ähnlichem (rd. 1,0 Mio. €) entgegenstehen.

Amt 51: ● Belastungen im Bereich Kindertagesbetreuung - 1,2 Mio. €
 Mindererträgen der Landeszuwendungen für Betriebskosten (-0,7 Mio. €) und der Elternbeiträge in Kindertagesstätten (-0,8 Mio. €) stehen Mehrerträge der Benutzungsgebühren von Tagespflegeplätzen (+0,1 Mio. €) sowie Einsparungen von Betriebskosten von Kindertagesstätten (+0,3 Mio. €) gegenüber.

Allgem.

Finanzw. ● Höhere Zuweisungen sowie Auflösung von Rückstellungen + 4,5 Mio. €
 Ursächlich für die Veränderung sind insbesondere:

- Bundeszuweisung für Aufnahme von Schutzsuchenden (2,5 Mio. €)
- Reduzierung der Rückstellung für die Inklusionspauschale (1,5 Mio. €)
- Erträge aus außerplanmäßigen Geldanlagen sowie Zinsersparnisse wegen nicht erfolgter Kreditaufnahmen (0,5 Mio. €)

Personal: ● Verbesserungen (mit Jugendamt / Jobcenter) - 0,1 Mio. €

darunter: Personalaufwand allgemeiner Haushalt	- 1,8 Mio. €
Personalaufwand Jugendamt	+ 0,5 Mio. €
Personalaufwand Jobcenter	+ 2,3 Mio. €
Beiträge Rheinische Versorgungskasse	- 1,2 Mio. €

Im allgemeinen Haushalt ergeben sich Mehrerträge aufgrund der Verlängerung des Förderzeitraums für die Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der Pandemiebekämpfung (+ 1,0 Mio. €) sowie durch die Übernahme von Personalkosten für in Quarantäne befindliche Tarifbeschäftigte (+0,2 Mio. €). Zudem werden geringere Aufwendungen aufgrund verzögerter Stellenbesetzung infolge des Fachkräftemangels (0,3 Mio. €) erwartet. Gegenläufig ergeben sich höhere Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen (2,3 Mio. €) sowie wegen einer Gesetzesänderung des Familienzuschlags (0,9 Mio.€).

Im Jugendamt führen verzögerte Stellennachbesetzungen zu geringeren Aufwendungen.

Im Jobcenter sind nicht alle Stellen besetzt. Es entstehen laufend Vakanzen aufgrund einer relativ hoher Fluktuation.

Die Beiträge an die Rheinische Versorgungskasse sind in 2022 um 1,2 Mio. € höher als geplant.

Bilanzielle

Abschreib.: ● Geringere bilanzielle Abschreibungen + 2,0 Mio. €
 Ursächlich für die Veränderung sind niedrigere Abschreibungen wegen späterer Inbetriebnahme bzw. niedrigerer Auszahlungen als erwartet bei einer Vielzahl von Maßnahmen, insbesondere:

- Erwerb von Hard- und Software für die Kreisverwaltung (+ 0,7 Mio. €)
- Fahrzeuge für den Rettungsdienst (+ 0,7 Mio. €)
- Baulicher Brandschutz Kreishaus (+ 0,4 Mio. €)

Geringere Erträge aus der Coronaisolation: - 4,4 Mio. €

Der Haushalt enthält gemäß dem „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften“ (NKF-CIG) „Isolierungen“ von Coronabelastungen. Der Ausgleich der coronabedingten Belastungen erfolgt durch die Veranschlagung von außerordentlichen Erträgen.

In dem Umfang, in dem Coronabelastungen nicht eintreten, entfällt auch die Buchung des jeweiligen außerordentlichen Ertrags. Es ergeben sich daher entsprechende Haushaltsverschlechterungen.

Der Betrag ergibt sich im Wesentlichen aus den folgenden Veränderungen:

- | | |
|--|--------------|
| ■ Wegfall Coronabelastungen im ÖPNV wg. Rettungsschirm | - 5,6 Mio. € |
| ■ Coronabedingt geringere Erstattung von BuT-Leistungen
(Minderertrag in 2022 aufgrund der niedrigeren Aufwendungen des Vorjahres für BuT) | + 0,9 Mio. € |
| ■ Geringere Zulassungsgebühren
(Minderertrag in 2022 wegen coronabedingt negativer Auswirkungen auf den Fahrzeugmarkt und infolgedessen geringere Zulassungszahlen) | + 0,3 Mio. € |

Im Zusammenhang mit **Maßnahmen zur Aufnahme** und Unterbringung von anlässlich des **Krieges in der Ukraine** eingereisten **Personen** erhält der Rhein-Sieg-Kreis eine Bundeszuweisung im Zusammenhang mit der Unterbringung von Schutzsuchenden in Höhe von voraussichtlich 2,5 Mio. €. Sie dient der anteiligen Finanzierung folgender Mehraufwendungen:

- | | |
|--|--------------|
| ■ Saldierte Mehraufwendungen SGB II
(insb. Kosten für Wohnungsbeschaffung und -erstaussstattung, BuT-Leistungen sowie Kosten der Unterkunft unter Berücksichtigung der anteiligen Bundeserstattung) | - 6,4 Mio. € |
| ■ Mehraufwendungen SGB XII
(insbes. Hilfen zum Lebensunterhalt, Schulbegleitung sowie Übernahme der Krankenhilfe-Aufwendungen) | - 2,2 Mio. € |

Die Veränderungen bei Investitionen sind überwiegend zeitlichen Verschiebungen (aus Vorjahren bzw. in Folgejahre) geschuldet. Dazu gehören z. B. folgende größere Maßnahmen:

- Neubau einer Güterbahnstrecke
- Neubau einer Stadtbahnstrecke
- Neubau Rettungswache Bornheim
- Gefahrenabwehrzentrum
- Baumaßnahmen an Schulen (z. B. BK Troisdorf, BK Bonn-Duisdorf, Waldschule in Alfter)
- Um- / Aus- und Neubau von Kreisstraßen
- Beschaffung von Rettungswagen / NEF und deren Ausstattung
- Investitionen in Hard- und Software (z. B. für mobiles Arbeiten und neue Telefonanlage)
- Erwerb von Ausstattungsgegenständen für Berufskollegs (v. a. Hennef und Troisdorf)

Die substanziellen Veränderungen bei den Investitionen resultieren aus außerplanmäßigen Mehrauszahlungen für die Erweiterung der Ladeinfrastruktur des

kreiseigenen Fuhrparks sowie die ursprünglich als Instandhaltung geplante Maßnahme der Kreisstraße 37 in Lohmar-Breidt, die aufgrund ihres Umfangs nun als Investition auszuweisen ist.

Änderungen zu den dargestellten Prognosen können sich im weiteren Jahresverlauf sowie insbesondere im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten ergeben.

Im Auftrag

(Udelhoven)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 13.09.2022